



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

WELTWIRTSCHAFT

Europa ist gefordert

Was wird uns das neue Jahrzehnt bringen? Wird es besser werden als das vergangene, das für manche ein verlorenes Jahrzehnt war? Viele sind skeptisch. Die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat die Welt aus dem Gleichgewicht geworfen. Billionen von Vermögen sind verloren gegangen. Umsätze und Gewinne sind abgestürzt und erholen sich nur sehr zäh. Riesige Überkapazitäten führen zu steigender Arbeitslosigkeit. Die öffentlichen Haushalte sind massiv überschuldet. Einige Staaten stehen vor der Zahlungsunfähigkeit. Und über allem hängt das Damoklesschwert der Inflation als langfristige Folge einer Politik des billigen Geldes.

Insbesondere in Europa grassiert die Verunsicherung. Der Euro – die europäische Erfolgsgeschichte der letzten Dekade – kommt unter Druck. Der drohende Staatsbankrott Griechenlands stellt die Euroländer vor ein Dilemma. Helfen sie Griechenland, werden sie einen Spekulationswettbewerb anstoßen. Wie Dominoesteine werden dann andere überschuldete Euroländer folgen, fallen und gerettet werden müssen. Das wird alle Euroländer – also auch die vergleichsweise stabilitätsorientierten – viel Geld kosten. Ihre Staatshaushalte werden zusätzlich belastet. Das wird in der Öffentlichkeit zu bösen Fragen führen: Wieso sollen inländische Steuergelder dazu verwendet werden, im fernen europäischen Ausland selbstverschuldete Haushaltslöcher zu stopfen und die Schulden anderer abzustottern? Wieso dient „unser“ Geld nicht dazu, Bildung für die eigenen Kinder oder Staatshilfen an heimische Industrien und hierzulande notleidende Rentner zu finanzieren? Derart

kritische Fragen, oft am Rande eines billigen Populismus und gerade deshalb so mächtig, werden die Eurozone vor eine Zerreißprobe stellen.

Lassen die übrigen Euroländer Griechenland mit seinen Schulden jedoch alleine stehen, werden sich die Ungleichgewichte zwischen dem Kern und der Peripherie in Europa verschärfen. Alle Konvergenzhoffnungen – zentral für das langfristige Gelingen des europäischen Integrationsprozesses – müssten dann begraben werden. Die Zinskosten in den schwachen Ländern würden steigen – auch für private Investitionen. Die Folgen: Das Wachstum wird ausbleiben, die Arbeitslosigkeit wird nach oben gehen, die staatliche Infrastruktur wird marode, ein Niedergang der Wirtschaft wird unvermeidlich. Löcher in den Straßen, Eisenbahnen im Schrittempo, kaputte öffentliche Versorgungsnetze und ein Zerfall der Bausubstanz werden alltäglich. Eine Erinnerung an die DDR Ende der 1980-er Jahre mag genügen, um das Elend eines insolventen Staates zu veranschaulichen.

Das beginnende Jahrzehnt wird Europa aber noch vor ganz andere und viel weiter reichende Herausforderungen stellen. Erstmals werden sich in der kommenden Dekade die Schrumpfung und Alterung der europäischen Bevölkerung spürbar bemerkbar machen. Der Fachkräftemangel ist der Rezession und der steigenden Beschäftigungslosigkeit wegen momentan zwar kein Thema. Er muss auch nicht notwendigerweise zu einem Engpass führen, wenn die brachliegenden Qualifikationen bei Frauen, Älteren und hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund

wesentlich besser genutzt werden als das heute der Fall ist. Mit einem guten, auf lebenslanges Lernen ausgerichteten (Weiter) Bildungssystem lassen sich viele Lücken schließen. Man muss aber lieber früher als später damit beginnen. Dafür fehlt jedoch den überschuldeten europäischen Ländern momentan das Geld. So dreht sich der Teufelskreis der Staatsverschuldung ein weiteres Mal.

Schwerer wiegt, dass es in gesättigten und schrumpfenden europäischen Märkten ohne innovative, pfiffige Problemlösungen kaum mehr möglich sein wird, die Umsätze zu steigern. Besonders die Hersteller von Standardprodukten, Massenwaren, Fahrzeugen und Alltagsgütern dürften im Europageschäft mit Überkapazitäten und Absatzproblemen zu kämpfen haben. Auch deshalb ist es so wichtig, in Bildung zu investieren. Sie ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für Innovationen und damit Erfolg auf ansonsten gesättigten und schrumpfenden Märkten. Auch deshalb sind ausufernde Staatsschulden der Anfang eines stetigen Niedergangs einer Gesellschaft.

Auf dem globalen Parkett trifft die schrumpfende und alternde, europäische Bevölkerung auf junge, wachsende asiatische Bevölkerungen. Bereits in 20 Jahren wird Chinas Bevölkerung auf 1,5 Milliarden angestiegen sein. Indien, Pakistan und Bangladesh werden in Kürze zusammen fast zwei Milliarden Menschen haben. Da wird es geradezu unwichtig, wo Europa beginnt und wo es endet. Die Europäer(innen) werden so oder so zur Minderheit auf

der Bühne großer Weltpolitik werden. Das führt in der Weltwirtschaft zu tektonischen Veränderungen.

Europa wird aus dem Zentrum an den Rand gedrängt. Was mit der Erweiterung von der G6 über die G7 und G8 – in der Europa mit vier Mitgliedern immer die dominante Rolle spielte – auf die G20 begann, war erst das Vorspiel. Nun folgt das eigentliche Kräfteverhältnis an dessen Ende eine G2 stehen wird: China und die USA werden als bipolares Gravitationszentrum die Zukunft der Weltwirtschaft bestimmen. Nichts wird ohne Unterstützung der beiden mit riesigem Abstand größten Volkswirtschaften gehen. Alles wird von ihrer Zustimmung abhängen – sei es die Deblockierung der WTO-Verhandlungen, die neue Architektur der internationalen Finanzmärkte oder der globale Kampf für eine nachhaltige Umweltpolitik und einen wirksamen Klimaschutz.

In den letzten Dekaden war der US-amerikanische Verbraucher der wichtigste Motor der Weltwirtschaft. Er kaufte alles, in der Regel auf Pump und meist billige Importware aus Fernost. Jetzt ist er in finanziellen Nöten und muss alte Schulden zurückerzahlen. Anstatt am Konsumtropf der USA wird die Weltwirtschaft im kommenden Jahrzehnt nun am Tropf der chinesischen Regierung hängen.

Auf Gedeih und Verderb setzen europäische Firmen auf die durch Bevölkerungswachstum und Aufholprozesse dynamisch wachsende Nachfrage Südostasiens. Ein solches Klumpenrisiko in derart unbe-

kanntem Gelände kann gefährlich werden. Soll es gut ausgehen, muss schleunigst umgesteuert werden. Asiatische Verhaltensweisen, Benimmeregeln, Rechtsverständnis, Führungs- und Organisationslehren dürfen nicht länger nur für esoterische Wohlfühlzirkel ein Thema sein. Sie müssen wie Englisch oder angelsächsisches Kulturverständnis zum Standardangebot in europäischen Betrieben gehören. Denn wer ohne Kompass in den unbekanntem Osten geht, kann sich all zu rasch verirren.

So dramatisch die wirtschaftshistorische Zäsur mit dem Abstieg Europas in die zweite Liga auch scheinen mag. Fatalismus, Pessimismus und als Folge davon Abwehr und Abschottung sind die falschen Antworten. Sie lösen keine Probleme, sondern schaffen nur neue, größere. Klüger wäre es, auf dem Fundament einer aufgeklärten, offenen, demokratischen, dem Frieden, der Freiheit und den Menschenrechten verpflichteten Rechtsgemeinschaft selbstbewusst auf die Kraft, das Wissen und die Fähigkeiten einer europäischen Zivilgesellschaft zu bauen. Notwendig ist jedoch ein Perspektivenwechsel. Eine europäische Nabelschau und eine Konzentration auf sich selbst werden nicht genügen. Es gilt, die gewaltigen Chancen asiatischer Märkte zu nutzen, ohne in einseitige Abhängigkeiten zu kommen. Es gilt, in neuen, unbekanntem Kulturkreisen erfolgreich zu agieren, ohne die eigenen, europäischen Wurzeln zu verlieren. Keine einfachen, aber auch keine unlösbaren Aufgaben.

Dieser Beitrag ist am 6. Januar 2010 in „Finanz und Wirtschaft“ erschienen.